



60 Jahre NATO: Größer, aber nicht geeinter

Interview mit Niels Annen



↳ Niels Annen, 35, ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag und der Internationalen Kommission des SPD-Parteivorstandes.

Foto: privat

spw: Anfang April tagte in Bukarest der NATO-Gipfel. Wie steht es im 59. Jahr ihres Bestehens um die NATO?

” **Niels Annen:** Einerseits muss man die Leistung sehen, die hinter der Ost-Erweiterung der NATO steht. Die NATO hat damit dem Sicherheitsbedürfnis der Länder Osteuropas entsprochen und mehr Stabilität in diesen Ländern schaffen können. Andererseits gehen die Erwartungen der Mitglieder an das Bündnis zunehmend auseinander. Der ursprüngliche Kern des Bündnisses, der Bündnisfall nach Artikel 5, spielt nicht mehr die zentrale Rolle, und das gemeinsame außenpolitische Verständnis nimmt ab. Die NATO ist heute also größer, aber nicht geeinter. Das zeigte sich in Bukarest unter anderem an der Beurteilung des Verhältnisses zu Russland, der wie ein Riss zwischen dem „alten“ und „neuen“ Europa verlief. Die Suche nach einer neuen Identität artet daher bei einigen zu einer politisch problematischen Suche nach neuen Aufgaben aus.

spw: Wie sind die Ergebnisse des Gipfels zu bewerten?

” **Niels Annen:** Auf deutschen Druck hin ist es gelungen, Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung als Ziele in das Abschlusskommuniqué aufzunehmen. Leider hat man sich auf ein gemeinsames Vorgehen zum Raketenabwehrschirm verständigt. Dabei teilen wir die Bedrohungsanalyse, die hinter diesem Programm steht, nicht. Die grundsätzlichen Bedenken,

die auch Kurt Beck geäußert hat, spiegeln sich in dem Kompromiss nicht wieder. Wir dürfen uns daher auch weiterhin nicht von einer Paranoia anstecken lassen, denn die Raketensysteme, vor denen der Schirm schützen will, existieren beispielsweise im Iran noch nicht einmal.

spw: Nächstes Jahr wird in Kehl und Strassburg das 60. Jubiläum der NATO mit einem Doppelgipfel begangen. Welche Schritte sind bis dahin zu erwarten?

” **Niels Annen:** Sicherlich wird der Druck auf Deutschland, Frankreich und andere Staaten anhalten, den MAP-Prozess, also den Aktionsplan für neue potentielle Mitglieder, voranzutreiben. Denn auch wenn sich Deutschland durchsetzen konnte, dass es keine terminlichen Zusagen für eine Aufnahme von Ländern wie Georgien oder der Ukraine gibt, sind die Außenminister doch angehalten, sich mit den Fortschritten in diesen Ländern zu beschäftigen, um möglichst bald über eine Mitgliedschaft zu entscheiden. Es gibt auch das ehrgeizige Ziel, bis zum Doppelgipfel ein neues strategisches Konzept für die NATO zu erstellen. Angesichts der gegensätzlichen Vorstellungen zur Zukunft der NATO, die in Bukarest zu Tage getreten sind, erscheint mir dieses Projekt jedoch wenig realistisch. Auch eine neue US-Administration wird in dieser Angelegenheit noch Zeit brauchen, um ihr Programm zu entwickeln.

spw: Welche Haltung zur NATO ist denn bei den US-Präsidentschaftskandidaten zu erkennen?

” **Niels Annen:** Von den demokratischen Kandidaten Hillary Clinton und Barak Obama gibt es ein klareres Bekenntnis zum Multilateralismus. Aber wird es deswegen zukünftig einfacher? Das wage ich zu bezweifeln. Ich glaube, sie werden deswegen den Druck eher erhöhen und Europa stärker in die Pflicht nehmen, auch in Bereichen, in denen es wehtut. Wegen der starken öffentlichen Ablehnung der Person von George W. Bush fiel es vielen Regierungen vielleicht sogar leichter, sich den Wünschen der USA zu widersetzen.

spw: Natürlich war Afghanistan auch ein wichtiges Thema in Bukarest. Beschränkte man sich auf die militärischen Aspekte, oder gab es ein Bewusstsein für die Bedeutung von zivilen Instrumenten?

” **Niels Annen:** Zumindest ist das Problembewusstsein auf der abstrakten Ebene gewachsen. Wir sollten die Erfolge in Afghanistan nicht kleinreden, aber das darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Sicherheitslage im ganzen Land, also auch im Norden, verschlechtert hat. Deshalb war und ist es unerlässlich, sich mit den bisherigen Ansätzen und dem Mangel an Konzepten kritisch auseinandersetzen. Daraus sind aber noch zu wenig Konsequenzen gezogen worden. Die Regierung von Präsident Karzai hat aber nicht nur aufgrund solcher äußeren Faktoren an Legitimation verloren. Das innenpolitische Klima ist auch zwischen Kräften, die sich grundsätzlich zum Petersberger Prozess und zum Afghanistan Compact bekennen, äußerst angespannt. Nicht zuletzt durch Korruption und interne Ränkespiele von Regierungsvertretern konnten feindliche bewaffnete Kräfte wie radikale Taliban wieder an Einfluss und Kontrolle gewinnen. Von einer selbsttragenden Sicherheit ist Afghanistan daher weit entfernt.

spw: Wie erklärt sich vor diesem Hintergrund dann die in einem angeblichen Geheimpapier vereinbarte Exit-Strategie für den Einsatz in Afghanistan?

” **Niels Annen:** Es ist natürlich grundsätzlich sinnvoll, sich über Ausstiegsszenarien zu verständigen. Die Formulierung konkreter Zielvorgaben ist auch für die Afghanen wichtig. Es ist ein Signal an alle, dass es so nicht weitergehen kann und dass alle sich mehr bemühen müssen. Allerdings sehe ich auch die Gefahr, dass eher die politische Lage in den truppenstellenden Ländern als die Lage in Afghanistan über den Abzug entscheidet. Die mangelnde Akzeptanz der deutschen Öffentlichkeit für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan darf kein Grund sein, sich dort aus der Verantwortung zu stellen. Auf Dauer ignorieren dürfen wir sie aber auch nicht. Wir müssen uns daher noch mehr anstrengen, ressortübergreifende Konzeptionen und Strategie für ein erfolgreiches Statebuilding – nicht nur in Afghanistan – zu entwickeln.

spw: Woran ist dies bisher gescheitert?

” **Niels Annen:** Neben anderen Faktoren müsste die Abstimmung im Planungs- und Entscheidungsprozess dringend verbessert werden. Ich kann mich jedoch auch des Eindrucks nicht erwehren, dass die Bundesregierung keinen gesteigerten Ehrgeiz an den Tag legt, solche Reformen zu beschleunigen. Das liegt sicherlich auch an den gewachsenen Strukturen bundesdeutscher Außen- und Verteidigungspolitik der Nachkriegszeit. Aber ein Parlament, das seine Kontrollrechte schon strukturell kaum ausüben kann, ist für die Regierung natürlich bequemer.

spw: Wir danken für das Gespräch. ■

☞ Das Gespräch führte Cordula Drautz, IUSY-Vizepräsidentin und Mitglied der spw-Redaktion.